



Griechenland: Wie geht es weiter?

Juli 2011

Die Stabilisierung Griechenlands hat aus europäischer Sicht eine enorme Bedeutung. Die aktuelle Krise wird wegweisend sein für die Frage, wie die Europäische Union Krisen einzelner Mitgliedstaaten bewältigt und ob im Zweifelsfall europäische Solidarität greift. Sie liegt auch in unserem eigenen Interesse. Denn in Zeiten globaler Probleme brauchen wir eine stärkere EU. Die Euroskeptiker sind deswegen auf dem Holzweg.

Griechenland hat in den letzten Jahren eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung vermissen lassen. Gleichzeitig hat eine fehlerhafte Finanzmarktregulierung den Ankauf von Anleihen sehr attraktiv gemacht. Griechenland konnte deshalb seine strukturellen Probleme lange Zeit durch günstige Kredite verdecken – bis Investoren während der Finanzkrise plötzlich sehr kritisch wurden. Anfang 2010 stiegen die Zinsen für Griechenland am Kapitalmarkt so stark an, dass eine Refinanzierung für Griechenland quasi unmöglich wurde. Die EU-Staaten haben sich daraufhin geeinigt, Griechenland und später auch anderen Staaten für eine begrenzte Zeit Liquidität zur Verfügung zu stellen. Dabei hat man die Überschuldung Griechenlands ignoriert und gehofft, dass Griechenland sich 2012 wieder Kredite zu normalen Konditionen beschaffen könnte. Die Einsparmaßnahmen im Rahmen dieses Rettungspakets haben die Wirtschaftsleistung Griechenlands allerdings stärker belastet als offiziell erwartet, weswegen dieses Ziel in weite Ferne gerückt ist.

Deshalb ist ein Strategiewechsel nötig:

1. Griechenland braucht Luft zum Atmen

Die Schulden Griechenlands müssen reduziert werden, damit Griechenland überhaupt eine Chance auf Erholung hat. Daneben bedarf es eines gezielten Investitionsprogramms, das Griechenlands Wirtschaft neu ausrichtet (Green New Deal). Zudem braucht es ein konsequentes Reformprogramm im öffentlichen Sektor: Privilegien müssen gestrichen, die überbordende Bürokratie verringert und Korruption und Steuerhinterziehung eingedämmt werden. Schließlich bieten auch Privatisierungen in einigen Bereichen Einsparpotenziale. Das aktuell von der französischen und der Bundesregierung angestrebte Modell, das eine Verlängerung der Laufzeiten vorsieht, verschiebt das Problem nur in die nächste Legislaturperiode, ohne eine echte Perspektive für Griechenland zu schaffen. Dann gäbe es aber fast nur noch öffentliche Gläubiger, sodass eine Umschuldung in erster Linie die Steuerzahler treffen würde.



2. Der Steuerzahler darf nicht mehr als nötig belastet werden

„Die Gewinne werden privatisiert, die Verluste sozialisiert“. Was in der Finanzkrise galt, darf heute nicht schon wieder gelten. Deshalb braucht es eine angemessene Beteiligung privater Gläubiger. Unsere Kreditwirtschaft basiert auf der Idee, dass der Kreditgeber einen Zins dafür erhält, dass die Rückzahlung seines Kredits mit einem gewissen Risiko verbunden ist. Wenn der Kreditnehmer dann nicht mehr in der Lage ist zu zahlen, tritt beim Kreditgeber ein Schaden ein. Der Zins an sich ist also deshalb legitim, weil im Verlustfall ein Schaden anfällt. In unserem Modell zur Reduzierung der Schuldenlast werden die riskanten Griechenlandanleihen in europäisch garantierte Anleihen mit geringerem Nennwert getauscht – so ließe sich der Schuldenstand Griechenlands um etwa ein Drittel reduzieren. Die Gläubiger müssten damit auf einen Teil der Forderungen verzichten, wären aber auch vom Risiko des Ausfalls befreit.

3. Negative Folgen einer Umschuldung auf den Finanzmärkten müssen begrenzt werden

Bei einer Umschuldung Griechenlands droht ein Übergreifen der Krise auf andere Staaten der EU. Gläubiger könnten befürchten, dass Griechenland nur der Vorgeschmack auf Zahlungsausfälle anderer Staaten war – das Eis wäre ja gebrochen. Daher muss die Umschuldung auf freiwilliger Basis erfolgen. Die Banken hätten dabei durchaus einen Anreiz, unser Angebot anzunehmen. Erstens wären sie vom Risiko eines unkontrollierten Ausfalls befreit und zweitens sichert unser Angebot die wertvolle Möglichkeit sich über die Europäische Zentralbank (EZB) zu refinanzieren. Die EZB hat bereits angekündigt, griechische Altanleihen nach einer Umschuldung nicht mehr zur Refinanzierung zuzulassen.